

Ihr Schreiben

Mehr Rechte heißt auch mehr Pflichten

Zum Artikel „Saarland stärkt Rechte der Eltern“ (2. Dezember) und zu anderen SZ-Beiträgen

Der über die Bildungswirklichkeit weniger informierte Leser könnte meinen, dass die angekündigten Entwicklungsberichte und Beratungsgespräche im vierten Schuljahr eine Neuheit wären. Tatsache ist, dass diese Regelung schon jahrzehntelang existiert (ich bin seit 1972 im Schuldienst tätig). Die Behauptung

aber, es gäbe jetzt mehr „Bildungsgerechtigkeit im Land“, suggeriert, Grundschullehrerinnen und -lehrer würden Empfehlungen für die künftige Schullaufbahn der Grundschülerinnen und -schüler willkürlich oder nach sozialer Herkunft erteilen – aus meiner Sicht eine unglaubliche Unterstellung! Im Übrigen bin ich froh, wenn der Elternwille über die Auswahl der weiterführenden Schule für ihre Kinder den letzten Ausschlag geben wird und die Verantwortung wieder allein bei den Müttern und Vätern liegt. Dies erspart uns Lehrern unter anderem kritische Rückfragen, wenn Kinder die Schule der Elternwahl nicht meistern.

Petra Walter, Quierschied

Meine Antwort



Alfred Schön,
Mitarbeiter der
Saarbrücker
Zeitung, meint dazu:

Sehr geehrte Frau Walter,

mit Ihrem Hinweis auf die Verantwortung der Eltern für die kindgemäße Schulwahl treffen Sie den Nagel auf den Kopf. Bisher haben Mütter und Väter gerne beklagt, dass Grundschullehrer keine Empfehlung zum Gymnasium ausgesprochen haben. Ganz sicher: Bald werden einige Eltern auf die Barrikaden gehen, die gewählte „Penne“ wäre für ihre Sprösslinge „zu schwer“. Ob der grüne Kultusminister Klaus Kessler dann die Anforderungen für das Gymnasium weiter senkt und der schwarze Regierungschef diesen vermeintlich kinderfreundlichen Irrweg auch noch abnickt, ist die Frage der Fragen.

Ihr Alfred Schön